

91. FDP- Landesparteitag, 2.- 3. September 2011

Beschluss

Liberaler Medienpolitik – insbesondere im Zeitalter digitaler Medien

„Die Meinungsfreiheit ist unmittelbarster Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit und für die demokratische Staatsordnung von konstituierender Bedeutung. Sie ist Kernstück sowohl individueller geistiger als auch politischer Freiheit und dadurch Grundlage jeder Freiheit überhaupt.“

Lüth-Urteil, BVerfGE, 7, 198 (208)

I. Präambel

Die digitalen Medien haben die Art und Weise, wie wir leben, lernen und arbeiten in den letzten Jahren stark verändert. Die traditionelle Industriegesellschaft war gekennzeichnet durch Zentralität und Hierarchien. Die Medien- bzw. Informationsgesellschaft hingegen fordert Kreativität, Dezentralität, Partizipation und eigenverantwortliche Leistung. Damit entspricht die Medien- bzw. Informationsgesellschaft einerseits liberalen Vorstellungen, fordert aber andererseits gerade den Bürger heraus, sie liberal zu gestalten.

Die Medien- bzw. Informationsgesellschaft und die mit ihr verbundenen Technologien bieten neue Chancen, bergen aber auch neue Gefahren für die informationelle Selbstbestimmung, innere Sicherheit, das geistige Eigentum, den Daten-, Jugendschutz usw. Liberale sehen in der Medien- bzw. Informationsgesellschaft jedoch zuallererst die Chancen für die einzelnen Bürger, das eigene Leben zu gestalten. Liberale vertrauen auch in diesem Zusammenhang auf die Fähigkeit des Menschen, sich der neuen medialen Instrumente und Möglichkeiten in eigener Entscheidung und Verantwortung zu bedienen. Nicht die Nutzung der modernen Kommunikationsmittel ist das Risiko, sondern Beschränkungen des Zugangs mit einer ihr folgenden Gesellschaftsspaltung in Wissende und Unwissende.

Der Zugang zu Informationen, Netzen und sonstiger Kommunikationsinfrastruktur muss daher breit gefächert sein. Liberale wollen Vielfalt durch die Konkurrenz des offenen Marktes auch in der Medien- bzw. Informationsgesellschaft. Meinungsvielfalt auch in den digitalen Medien ist nur durch Wettbewerb erreichbar, frei von Staatsmonopolen, privater Machtkonzentration und undurchsichtigen Beteiligungsverhältnissen.

II. Funktionen der Medien

Die Liberalen gehen vor diesem – auch verfassungsrechtlichem – Hintergrund davon aus, dass digitale Medien verschiedene Funktionen haben:

1. Medien dienen der demokratischen Grundordnung

Medien haben für die Liberalen eine besondere gesellschaftliche Funktion. Sie sind für die

demokratische Grundordnung, in der wir leben, von entscheidender Bedeutung. Denn unterschiedliche politische Ansichten, Vorstellungen und Lösungsansätze in der Gesellschaft können insbesondere durch die digitalen Medien effizient ausgetauscht werden und miteinander in Wettbewerb treten. Gleichzeitig können Menschen durch die Nutzung von Medien an der Gesellschaft teilhaben und sie demokratisch mitgestalten.

Besonderes Augenmerk gilt dabei der Möglichkeit, mittels der digitalen Medien Meinung zu aggregieren. Wobei zunehmend das einseitige Sender-Empfänger-Verhältnis der klassischen Medien als der „Vierte Staatsgewalt“ aufgebrochen wird. Dadurch gewinnt Meinungsbildung in Form einer „Graswurzeldemokratie“ an Bedeutung. Digitale Medien haben einen eigenen Stellenwert für die Freiheit, weil sie eine besondere Form kommunikativer Mitbestimmung eröffnen. Digitale Medien, insbesondere Social Media, werden zur „Fünften Gewalt“ im Staat.

Mit digitalen Medien wird zudem die Kommunikation zwischen Bürgern und Staat und die Kommunikation in demokratischen Prozessen einfacher und schneller (E-Governance). Diese Möglichkeiten müssen kontinuierlich ausgebaut und verbessert werden.

2. Medien haben eine gesellschaftliche Vermittlungsfunktion

Darüber hinaus haben Medien eine gesellschaftliche Vermittlungsfunktion. Dies gilt insbesondere für Vermittlungen im Kulturbereich, im Bildungssektor sowie insbesondere auch im Bereich der gesellschaftlichen Integration.

3. Medien sind Wirtschafts- und Standortfaktor

Medien sind immer auch Wirtschafts- und Standortfaktor, denn sie sind der Schlüssel zu einer zunehmend wissensbasierten Wirtschaft. Gerade die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie das Internet gehören zu den wichtigsten Impulsgebern für Wirtschaft und Innovation, die Stärkung des Wachstums und die Entstehung neuer Arbeitsplätze. Die Medienwirtschaft ist damit ein Sektor, der in den kommenden Jahren noch mehr an gesellschaftlicher Relevanz gewinnen wird.

III. Ziele liberaler Medienpolitik

Aus diesen Einsichten leiten wir Liberalen für die Medienpolitik folgende Forderungen ab:

1. Stärkung der Medienstandorte

Zuallererst setzt sich die FDP für eine Stärkung der Medienstandorte in Deutschland ein. Die Arbeit und die Produkte der zunehmend digitalisierten Medienbranche – Sender, Verlage, Agenturen, Software- und IT-Industrie – werden zu einem immer wichtigeren Wirtschaftsfaktor. Außerdem soll eine Neuansiedlung von Medienunternehmen unterstützt und gefördert werden. Allerdings lehnen die Liberalen auch im Medienbereich Einzelförderungen ab und setzen sich für eine sinnvolle Verbesserung von Strukturmaßnahmen ein. Staatliche Förderung und Regulierung muss auch hier stets der Förderung des Wettbewerbs dienen, denn Wettbewerb ist Grundlage für Investitionen und Innovationen bei Infrastrukturen und Diensten.

2. Förderung von Bildungsangeboten im Medien- und IT-Bereich

Gerade vor diesem Hintergrund setzt sich die FDP dafür ein, dass Bildungsangebote, insbesondere im schulischen, im Ausbildungs- sowie im universitären Bereich, verstärkt auf die vernetzte Gesellschaft ausgerichtet werden, so dass Arbeitskräftebedarf an hoch qualifizierten Medien- und IT-Spezialisten gedeckt wird. Hierfür soll die weitere Ansiedlung von Ausbildungseinrichtungen und Studiengängen im digitalen Medienbereich gefördert werden.

Kinder sollten bereits früh Medienkompetenz erwerben, um entsprechende Angebote ihrem Alter gemäß kritisch nutzen zu können. Die Förderung dieser Kompetenz soll nach Ansicht der FDP jedoch nicht nur auf den schulischen Bereich beschränkt werden, sondern ebenso im Bereich der Berufsschulen, der Hochschulen und Universitäten sowie der Erwachsenenbildung verankert werden. Der Erwerb von Medienkompetenz sollte auf die Risiken der neuen Techniken sensibilisieren und dazu befähigen, sich ihrer verantwortungsbewusst zu bedienen.

4. Förderung flexibler Arbeitsmodelle

Digitale Medien ermöglichen flexible Arbeitsmodelle (Telearbeit), für deren Förderung sich die FDP einsetzt. Sie verringern die räumliche Distanz zwischen Wohn- und Arbeitsort oder heben sie auf. Sie reduzieren das Verkehrsaufkommen. Gleichzeitig erlauben sie eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung. Beides verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auch für Alleinerziehende. Ebenso eröffnen sich für Körperbehinderte neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

5. Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Zudem setzt sich die FDP dafür ein, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk verantwortungsvoll mit den Gebühren der Bürger umgeht und seinem verfassungsrechtlich verankerten Grundversorgungsauftrag gerecht wird. Aus diesem Grund ist die FDP auch der Ansicht, dass auf Werbung zugunsten der Programmqualität im öffentlich-rechtlichen Rundfunk verzichtet werden sollte. Der Grundversorgungsauftrag wird von ARD und ZDF derzeit zudem nur unzureichend erfüllt. Bei allem Respekt vor den Leistungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist insgesamt eine Tendenz zur Verflachung und Trivialisierung des Programms festzustellen. Das Gebot programmatischer Ausgewogenheit sollte daher präzisiert und in Selbstverpflichtungen und Leitlinien durch die Sendeanstalten konkretisiert werden. Eine vorrangige Aufgabe sollte hierbei, neben dem Informationsauftrag, die Erfüllung des Bildungs- und Kulturvermittlungsauftrages sein als Beitrag zur sozialen Integration bildungsferner Zielgruppen mit geringem Einkommen. Dass breitenwirksames und zugleich qualitativ hochwertiges Fernsehen möglich ist, zeigt das Programm der BBC. Die Erfüllung des Grundversorgungsauftrages sollte durch neutrale Institutionen überprüft und bewertet werden. Diese Praxis der externen Evaluation, die bereits von der BBC und dem tschechischen Fernsehen erfolgreich angewandt wird, könnte auch ein Kriterium für die Verteilung der Gebühren auf die einzelnen Sender sein.

6. Förderung der Meinungsvielfalt

Freiheit braucht Vielfalt. Im Internetzeitalter brauchen wir eine größtmögliche Vielfalt von Inhalten, Diensten und Plattformen. Vielfalt wirkt Abhängigkeiten, Monokulturen, Meinungsmacht und Diskriminierung entgegen. Nachhaltig und staatsfern kann Vielfalt nur

durch einen offenen und chancengleichen Wettbewerb erreicht werden.

7. Reform der Medienaufsicht

Zum Erhalt der Medienvielfalt müssen die Aufsichtsstrukturen den durch Konvergenz (Annäherung verschiedener Medientypen) veränderten Bedingungen einer digitalen Medienlandschaft angepasst werden. Zum einen muss der Medienmarkt als Wirtschaftsmarkt ordnungspolitisch unter Beobachtung bleiben, damit keine Medienkartelle und damit keine Meinungskartelle entstehen können; zum anderen muss ein gesetzlicher Ordnungsrahmen mit einheitlicher Aufsichtsstruktur und Regulierung für den gesamten Bereich des Internets das Ziel sein.

8. Vereinheitlichung gesetzlicher Regelungen

Aktivitäten im digitalen Raum werden von realen oder juristischen Personen begangen. Die rechtsstaatlichen Prinzipien, welche die Grundlage des Zusammenlebens in Deutschland sind, sollen auch in der digitalen Welt angewendet werden. Neue technische Möglichkeiten schaffen keine neue Rechtslage. Für in der digitalen Welt begangene Straftaten dürfen ausschließlich die Täter haftbar gemacht werden. Die gesetzlichen Regelungen zu Datenschutz, Werbung, Urheberrecht, etc. müssen vereinheitlicht werden, so dass sie sich unabhängig vom Weg der Veröffentlichung oder des Mediums anwenden lassen. Unternehmen und Bürger müssen im Umgang mit Medien wieder Rechtssicherheit erlangen.

9. Freier Zugang zum freien Netz

Die Teilhabe an der Gesellschaft und die Wahrnehmung demokratischer Bürgerpflichten setzt auch die Teilhabe an der digitalen Kommunikation voraus. Aufgabe liberaler Gesellschaftspolitik ist es, diese Teilhabe zu ermöglichen und allen Bürgern freien Zugang zum Internet zu gewähren. Auch darf im Internet keine Zensur statt finden. Netzneutralität (Nicht-Diskriminierung von Content) wird durch Wettbewerb, Transparenz und Marktfreiheit gewährleistet. Im Falle eines Marktversagens muss die Netzneutralität gesetzgeberisch sichergestellt werden.
